



Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Harburg

Antrag CDU-Fraktion / Fischer-Pinz, Brit-Meike / Schaefer, Michael / Frommann, Lars	Drucksachen-Nr.: 22-1748 Datum: 08.05.2026
--	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum

Antrag CDU betr. Verrohende Atmosphäre und Unsicherheitsgefühl auf Schulhöfen im Bezirk

Sachverhalt:

Eltern mehrerer Schulen beklagen eine zunehmende atmosphärische Verrohung und Verunsicherung auf Schulhöfen in Harburg. Neben einem allgemein recht rauhen Ton untereinander komme es in den Pausen wiederholt zu respektlosem Verhalten, Mobbing, rassistischen und anderen Beleidigungen sowie zu Erpressungsversuchen und körperlichen Übergriffen gegenüber Mitschülerinnen und Mitschülern. Mancherorts bestehe die Gefahr, dass ein unhöflicher, unangemessener, respektloser und bedrohlicher Umgangston gegenüber Lehrpersonal und Mitschülern zur Normalität werde, während Jugendliche mit angemessenem Verhalten beginnen würden, sich unsicher und unwohl zu fühlen, und sich vom Schulgelände zurückziehen würden, um Konfrontationen zu vermeiden.

Im Ergebnis werde sozial unerwünschtes Verhalten positiv verstärkt und setze sich durch, was für die unmittelbar Betroffenen - langfristig aber auch gesamtgesellschaftlich - schädigend wirke.

Die Schulen würden versuchen, solchen Entwicklungen mit pädagogischen und sozialarbeiterischen Konzepten entgegenzuwirken und die erziehungsverantwortlichen Eltern anzusprechen. Nicht selten mache man aber die Erfahrung, dass Sanktionen nicht nachhaltig greifen würden und die in der beschriebenen Weise agierenden Schülerinnen und Schüler auf Beziehungsebene nur noch wenig erreichbar seien. Angesichts der vielfältigen Problemlagen, mit denen man sich konfrontiert sehe, bei aber begrenzter Ressourcenlage, stoße man häufig an Grenzen hinsichtlich der Möglichkeit, einem so umfassenden Erziehungsauftrag wie angesichts der dargestellten Situation erforderlich im schulischen Rahmen in angemessener und wirksamer nachzukommen.

Petition/Beschlussvorschlag:

Die Bezirksversammlung beschließt:

Der Vorsitzende der Bezirksversammlung möge auskunftsfähige Vertreter der Behörde für Schule, Familie und Berufsbildung in den Ausschuss für Bildung und Sport einladen,

um zu berichten, welche Interventionsmöglichkeiten für betroffene Schulen bestehen und welche konkreten Unterstützungskonzepte, personellen Ressourcen und finanziellen Mittel von Seiten der Fachbehörde für von den im Sachverhalt dargestellten Entwicklungen betroffene Schulen zur Verfügung gestellt werden. Dabei möge auch darauf eingegangen werden, ob, unter welchen Bedingungen und in welchem Umfang Sicherheitspersonal an Hamburger Schulen eingesetzt werden kann bzw. ggf. mit welchen Erfahrungen schon eingesetzt worden ist.

Des Weiteren mögen Vertreter der im Bezirk tätigen Cop4you hinzugeladen werden, um aus polizeilicher Perspektive über ihre Interventionsmöglichkeiten und Programme an Harburger Schulen zu berichten und die diesbezüglichen Erfahrungen, Erfolge und ggf. möglichen Schwierigkeiten und Grenzen darzustellen.

Hamburg, am 07.05.2026